

Rechtsgebiet: 3. Preußen (Provinz Hannover).

Gesetzliche Grundlage:

Städteordnung für Hannover vom 24. Juni 1858.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.	<p>Das Bürgerrecht wird nicht kraft Gesetzes bei Eintritt bestimmter Voraussetzungen, sondern erst durch Verleihung erworben. *) Die Verleihung erfolgt durch gemeinschaftlichen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten. Zum Erwerb berechtigt sind alle unbescholtenen Einwohner der Stadt. Verpflichtet zum Erwerb sind alle Einwohner einschließlich der Frauen, die entweder</p> <ul style="list-style-type: none"> a) im Stadtbezirke ein Wohnhaus besitzen (das Ortsstatut kann diese Verpflichtung auf Häuser von einem bestimmten Werte beschränken); oder b) sich zur selbständigen Ausübung einer Kunst oder Wissenschaft im Stadtbezirke dauernd niederlassen; oder c) 3 Jahre hindurch in der Stadt ein Gewerbe selbständig betreiben. <p>Auch diese Personen werden aber immer nur dann Bürger, wenn ihnen das Bürgerrecht besonders verliehen wird. Vor der Verleihung ist ein Bürgergewinngeld (z. B. in Sineburg 45 Mk., für Bürgerjöhne 30 Mk.) zu bezahlen. Außerdem haben alle männlichen Bürger den Bürgereid zu leisten.</p>
II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.	<p>Wahlberechtigt sind alle Bürger, die im Gemeindebezirke wohnen und wenigstens 25 Jahr alt sind, jedoch mit Ausnahme der Frauen. (Fernere Ausnahmen: Personen, die unter väterlicher Gewalt, unter Kuratel stehen, sich im Konfurse befinden, innerhalb des letzten Jahres aus Armenmitteln unterstützt sind, oder die der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind.)</p>
III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts.	<p>Wie unter Nr. 1 §. III, also wählbar alle aktiv Wahlberechtigten mit Ausnahme gewisser Beamtenklassen.</p>
IV. Besteht eine Klasseneinteilung der Wähler?	<p>Gleiches und direktes Wahlrecht. Durch Ortsstatut kann auch die Einteilung der Wähler nach Bezirken ausgeschlossen werden. Geschieht dies nicht, so muß die Wahl bezirksweise erfolgen.</p>
V. Besteht eine Klasseneinteilung der zu Wählenden?	<p>Keine Klasseneinteilung. Die Gewählten brauchen auch nicht in einem bestimmten Wahlbezirke zu wohnen. Durch Ortsstatut kann vorgeschrieben werden, daß ein Teil der Bürgervorsteher aus Hausbesitzern bestehen muß.</p>
VI. Bemerkungen.	<p>*) Zu I. Die Mitglieder des Magistrats und die im Dienste der Stadt unkündbar Angestellten erwerben das Bürgerrecht von selbst.</p>